

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-



Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha und die Behörden in Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Nohberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Nohberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 278

Freitag den 29. November 1918

77. Jahrgang

An Frankenberg's Krieger!

Der Weltkrieg ist zu Ende. Vier harte Jahre liegen hinter uns; und wenn auch die Heimat drückende Unbillen des Krieges zu ertragen hatte, viel, viel Schwereres duldet unser deutsches Volk in Waffen. Den Endsieg hat es nicht davontragen können; aber Unvermeidliches an körperlichen und geistigen Leistungen hat es überall, wohin es seine Fahnen und Flaggen trug, vollbracht. Und vor allem stahlhart war die Eisenmauer, die es zu Lande und zu Wasser um die Grenzen des deutschen Vaterlandes in zähem Aufbau errichtet hatte; sie hat bis zum bittern Ende gehalten. Dafür schuldet das deutsche Volk in allen seinen Schichten seinem Heere und seiner Marine einen Dank, der in Jahrhunderten nicht vergehen darf und kann.

Nun kommt auch Ihr, Frankenberger Krieger, jetzt und in den kommenden Wochen heim, die Ihr im Laufe der Kriegszeit zur Verteidigung des Vaterlandes begeisterungsvoll ausgerichtet seid. Treu habt Ihr im Rahmen der deutschen Wehrmacht Eure Pflicht bis zum Neuersten erfüllt. Das soll Euch unvergessen sein.

Seid in Eurer Heimatstadt herzlich begrüßt und nehmt ihren innigsten Dank entgegen. Auch sie ist durch Eure Kraft und Treue vor schwerer Kriegsnut bewahrt geblieben. Ruhet aus nach den rauen Kriegsjahren bei Frau und Kind, Vater und Mutter in glücklichem Heim und dann helfet uns mit an dem Aufbau eines neuen Reichsgebäudes, in dessen Schutz die schwere Erinnerung an das für Deutschland so trübe Ende des Weltkriegs und die Last der bevorstehenden Zeit allmählich überwunden wird.

Heil Euch!

Frankenberg, im November 1918.

Der Stadtrat.

Bürgermeister Dr. Irmer.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Bohla.

Fischer.

Gryns.

Aufhebung fleischloser Wochen

Die Bekanntmachung vom 6. November d. J. (Sächs. Staatszeitung Nr. 262) über das Verbot des Verkaufs von Fleisch und Fleischwaren, die dem Marktengang unterliegen, wird aufgehoben. In den Wochen vom 16.—22. Dezember 1918 und 6.—12. Januar 1919 wird Schlachtfleisch wie in den übrigen Wochen zur Verteilung gelangen.

Dresden, am 25. November 1918.
Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

für den Fleischhandel und nötigenfalls auch für den Großhandel mit Molkeneiweiß festzulegen und bekannt zu machen.

Dresden, den 26. November 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung.

Das Militärstrafgerichtsverfahren wird innerhalb Sachsen bis auf weiteres wie folgt geregelt:

1. An Stelle der Kriegsgerichte treten als Spruchgerichte Standgerichte, die vor Urteilung aller strafbaren Handlungen der Militärpersönlichen und Kriegsgefangenen zuständig sind.

2. Die Standgerichte setzen sich zusammen aus einem vom Arbeiter- und Soldatenrat der zuständigen Dienststelle gewählten Verhandlungsteiler, der die Besichtigung zum Richteramt beibringen muss, und drei Offizieren nebst fünf Mann als Beisassen.

Die Versammlung der Soldatenräte jedes Korpsbezirks stellt eine Liste für die Beisitzer auf, aus der der Verhandlungsteiler die Richterliste auslost.

3. Gegen die Urteile der Standgerichte gibt es kein

Rechtsmittel. Die Urteile bedürfen aber der Bestätigung des engeren Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates der zuständigen Generalkommandos, der auch zur Milderung der Urteile berechtigt ist.

4. Im übrigen gilt für das Verfahren vor den Militärgerichten die Militärstrafgerichtsordnung, in der nur alle Bestimmungen über den Gerichtsherrn hierdurch aufgehoben werden.

5. Die Strafgesetze bleiben in Geltung; bei Totschlag, Plünderei, Raub, räuberischer Erpressung, Brandstiftung, Notzucht und schwerem Widerstand kann in ganz außergewöhnlich schweren Fällen auf Todesstrafe erkannt werden.

6. Gnadenstrafen sind nach den bisherigen Vorschriften dem Ministerium für Militärwesen einzubürgeln.

7. Die Ausübung der Disziplinarstrafewalt bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

8. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht berechtigt, auf den vorstehend erwähnten Gebieten selbständige Verfügungen zu erlassen. Soweit solche bisher ergangen sind und von vorstehender Regelung abweichen, werden sie hierdurch aufgehoben.

Der Volksbeauftragte: Gleißner.

Molkeneiweißpreise

Vom 1. Dezember 1918 an gelten für Molkeneiweiß mit einem Wälzergehalt von höchstens 68 v. H. folgende Hersteller-Höchstpreise:

a) für unverarbeitetes Molkeneiweiß 90,00 Mark,

b) für gewürztes Molkeneiweiß 115,00 "

je für 50 kg.

Die Kommunalverbände haben, soweit Molkeneiweiß in ihrem Bezirk zum Verkauf gelangt, höchst oder Richtpreise

für den Fleischhandel und nötigenfalls auch für den Großhandel mit Molkeneiweiß festzulegen und bekannt zu machen.

Dresden, den 26. November 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Nr. 32.

Nachtrag III

zur Bekanntmachung Nr. 12 des Kommunalverbandes Flöha vom 9. August 1918.

Regelung des Verbrauchs mit Mehl und Brot im Kommunalverband Flöha betreffend.

Mit Rücksicht auf die vom Direktorium der Reichsgesetzstelle beschlossene Erhöhung der Zugesetztenmenge an Brot hat das Ministerium des Innern für das ganze Land einheitliche Brotmengen festgesetzt.

Im entsprechenden Abänderung von § 9 der in der Ueberschrift erwähnten Bekanntmachung Nr. 12 wird ich deshalb vom 30. November d. J. ab die Brotzuteilung, wie folgt, gestalten. Es erhalten:

1. ein Pfund Brot wöchentlich Kinder im 1. Lebensjahr;
2. drei Pfund Brot wöchentlich Kinder im 2., 3. und 4. Lebensjahr;
3. vier Pfund Brot wöchentlich Kinder im 5. und 6. Lebensjahr;
4. fünf Pfund Brot wöchentlich alle übrigen Verbrauchsberechtigten, auch die noch den Vorrechten der Reichsgesetzstelle vom Kommunalverband mit Brot zu versorgenden Militärsoldaten, Militärzuländer, sowie Kriegsgefangene und deren Bewährungsmannschaften;
5. fünfeinhalb Pfund Brot wöchentlich die unter 4 erwähnten Militärpersönlichen (außer Militärzuländern), soweit sie besonders anstrengenden Dienst verrichten und deswegen von der zuständigen militärischen Dienststelle dem Kommunalverband als zulagerberechtigt bestimmt werden;
6. sieben Pfund Brot wöchentlich Schwesterarbeiter, die als solche anerkannt sind.

Schwerarbeiter, werbende und stillende Mütter, Mütterinnen, sowie jugendliche Personen erhalten keine höheren Zulagen mehr, sondern lediglich die erhabene Grundmenge von 5 Pfund, wie die unten 4 angeführten Verbrauchsberechtigten.

Zuwiderhandlungen werden nach § 80 der Reichsgesetzordnung für die Ernte 1918 bestraft.

Flöha, den 26. November 1918.

Der Kommunalverband.

Nr. 33.

Nachtrag II

zur Bekanntmachung Nr. 15 des Kommunalverbandes Flöha vom 14. August 1918.

Methyldreiheitsmarken betreffend.

Auf Anordnung des Direktoriums der Reichsgesetzstelle und des Ministeriums des Innern dürfen, vom 1. Dezember d. J. ab, für jeden Beileiben sechs Süd-Schlesien-Methyldreiheitsmarken zu je 50 Gramm Gewicht zusammen also Marken über 300 Gramm Gewicht verabfolgt werden.

Zuwiderhandlungen werden nach § 80 der Reichsgesetzordnung bestraft.

Flöha, am 26. November 1918.

Der Kommunalverband der Amtshauptmannschaft Flöha.

Bestellungen auf das Tageblatt

Für das zweite Jahr 1919 — Pf. für den Monat 1 Mt.) nehmen alle Ausgabestellen und Vertriebser in Stadt und Land, ebenso alle Postanstalten des Deutschen Reichs jederzeit entgegen.

Arbeitsnachweis.

Es ist bereits jetzt eine größere Anzahl von männlichen und weiblichen Arbeitslosen anmeldet, ohne daß diese allen geeignete Arbeit nachgewiesen werden kann. In nächster Zeit würden sich die Verhältnisse noch erheblich ungünstiger gestalten. Es ist deshalb dringend erforderlich und Wille eines jeden, der irgendwie und gleichviel, ob für längers oder fürktere Zeit, Arbeit zu vergeben hat, dem unterzeichneten Arbeitsnachweis Meldung zu machen. Die Arbeits- oder Arbeitervermittlung erhält völlig kostenlos.

Frankenberg, am 28. November 1918.

Der Stadtrat. (Arbeitsnachweis.) Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Einschränkung des Verbrauches elektrischen Stromes.

Mit Rücksicht auf den bestehenden Wagenmangel und die damit in Verbindung zu bringende unzureichende Zuwendung von Kohlen ist zur Aufrechterhaltung des Betriebes des elektrischen Energieversatzes dringend geboten, in dem Verbrauch elektrischen Stromes die größte Spannungsleistung, insbesondere während der Hauptbelastungszeiten, einzutreten zu lassen.

Es wird hierdurch angeordnet, daß alle innerhalb des Bereiches des städtischen Elektrizitätswerkes Frankenberg an dieses am eingeschlossenen Bereich betrieb bis auf weiteres den Betrieb mit Eintritt der Dunkelheit einzustellen.

Frankenberg, am 22. November 1918.

als Vertrauensmann des Reichskommissars für Kohlenverteilung (Abteilung: Elektrizität).

Eier-Verkauf in der städtischen Niederlage

Freitag, den 29. ds. Ms. an die Bewohner des 3. Stadtkartenbezirkes | gegen
Mont. 1/3 . . . 1/6 " " 4. " " } Eiermarkt Nr. 31;

Vormittag 1/9 bis 1/12 Uhr an die Bewohner des 1. Stadtkartenbezirkes gegen Eiermarkt Nr. 32.

Auf eine Marke entfällt ein Ei zum Preis von 55 Pf. das Stück. Die Eier dürfen nicht in der Schale geholt werden, eignen sich aber bestens zu allen sonstigen Eierspeisen. — Die Ausweise ist vorzulegen.

Stadtamt Frankenberg, am 28. November 1918.

Allgemeine Ortsfrankenkasse Sachsenburg

Ausschusssitzung Sonnabend, den 7. Dez. 1918, abends 8 Uhr im Gallof „Drei Rosen“, Pittersbach.

Tagessordnung:

1. Wahl der Rechnungsprüfer.
2. Freilegung des Rechenschaftsberichts für das Jahr 1919.
3. Beschlusshaltung über den Beitrag zum Kostenverband der Ortsfrankenkassenvereinigung im Bezirk der Amtshauptmannschaft Flöha.
4. Verschiedenes.

Die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und der Verkäufer werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Sachsenburg, am 28. November 1918.

Der Vorstand.
3. V.: August Reithig, Stellv. Vor.

Zu spät!

Dieser Tage traf ein junger 22-jähriger Unteroffizier von einem Jukart-Ball hier ein. Er war in Rumänien knapp der Gefangenshaft entronnen und unter schwierigen Verhältnissen in 10tägiger Bahnreise bis Chemnitz gekommen, von wo er abends mit dem letzten Zug nach Röhrwien wollte, in dessen Nachbarschaft (Ossig) sein Elternheim liegt. Er kam zu spät, der Zug ging ja nur bis Hainichen. Von selbstverständlicher Menschenflecht erschöpfte Peute aus fiesiger Geduld nahmen sich des bereits stark Erkrankten an, gaben ihm pflegliche Unterkunft und geleiteten ihn anberatig heim ins Elternhaus. Zu spät! Der brave, ordengeschmückte Krieger, der als Kriegsgefangener glücklich überstand, brachte von seiner abenteuerlichen Heimfahrt den Todesstein mit. Nach drei Tagen Krankenlager folgte er seinem vor Jahren gefallenen einzigen Bruder und ließ seine Eltern kinderlos zurück.

In dieser kleinen Erzählung liegt eine erschütternde Tragödie. Dass der junge Held, nachdem draußen der leichte Schuh gesessen, zu spät heimkam und seinen Eltern es nicht mehr möglich war, in ihm ihren Einzigsten dem Tode zu entziehen, ist so tief betrübend, dass einem die Worte fehlen, um dem ganzen Jammer Ausdruck zu geben. Dieses furchtbare: Zu spät! Und doch, wo man heute hinsieht auf das deutsche Volk, stöhnt man, bildlich gesprochen, auf die Geschichte des tobwund zu spät heimgeliebten Kriegers. Überall und überall das Zu spät! Als Prinz Max in den ersten Oktobertagen die Regierung übernahm und sie auf als Mittellinie so begrüßenswerle demokratische Grundsätze stellte, da war es die üblichen fünf Minuten zu spät. Als das deutsche Volk durch diese Regierung zu einem wirklich ernst gemeinten Verständigungs- und Vergleichsstreit sich bereit erklärte, war es zu spät; Dubendorff erkannte zu spät, dass er sich über unser Heer geirrt, als er auf das Friedensangebot drang. Es war auch zu spät, als der Kaiser dem Drud der Verhältnisse nachgab und entlachte, acht Tage früher hätten dem deutschen Volke — vielleicht? — andere Verhältnisse gebracht.

Seit Wochen fordert das deutsche Bürgertum andere Ausgestaltung der U.- und S.-Räte und Heranziehung zur Mitarbeit, seit Wochen verlangt das deutsche Volk Befreiung der ganz einseitigen Kaisereherrschaft und Aufristung der Nationalversammlung. Bisher vergebens. Und wenn endlich dieser Wunsch Erfüllung wird, dann wird es zu spät sein! O, wie gern möchten wir, dass wir uns hier täuschen, dass es einmal nicht heißen muss: Zu spät. Aber wir sind der Ansicht, dass es vielleicht heute schon zu spät ist. Unser deutsches Volk treibt Gott sei's gefragt, auf der schiefen Ebene. Die gewollte Einheit, der Wunsch nach einem großen, in sich geschlossenen, nach außen Achtung gebietenden Reichstaat hält noch die Oberfläche überzogen, aber darunter grummmt ein Brand, der immer mehr anschwillt, der fast unaufhaltsam droht, die täuschende Oberfläche zu vernichten. Bayern und das übrige Süddeutschland machen aus ihren Expansionstreben, aus ihrem Für-sich-gehen kaum noch ein Heil. Hier und da raunt es von einer rheinischen, von einer norddeutschen und neuerdings sogar von einer olddeutschen Republik oder Freistaat, wie man in deutscher Bezeichnung die neuen Volksstaaten nennt.

Überall auf dem Wege zum deutschen Einheitsstaat turmen sich Berge, wölften hoch und schwer, voller Abgründe und Schichten. Kleinsten sind die Aufgaben, diejenen Weg so zu ebnen, dass das deutsche Volk ihm gehen kann. Die Macht eines Bismarck gehört dazu, diese Aufgabe zu erledigen. Herr Ebert hätte vielleicht die Kraft, wenn er sie nicht vergeuden müsste zur Bekämpfung der Widerstände im eigenen Lager. Die geradezu antideutsche Politik des Bayern Eisner, die antipolitischen Treiberien der Radikalen in Berlin, die Verworrenheit in den Obliegenheiten und den Kompetenzen der Arbeiterräte, die Differenzen zwischen der Berliner Richtung und dem Heer, das keine Befinnungslumperei treiben will und geordnete Zustände wünscht, — all das ist zuviel, als dass es noch gemeinsam werden könnte. Zu alledem kommt, dass die Entente das System der Arbeiterräte als bolschewistisch ansieht und im Auslande den Einbrand verbreitet, dass Deutschland in den Händen der Bolschewisten ist, dass es insgesamt Lebensmittel nach Deutschland nicht bereinigt und auch von Friedensverhandlungen vorläufig nichts wissen will. Die Entente weiß, dass ihre Annahme nicht ganz stimmt, aber es passt so gut in ihr Programm und warum sollte sie die Gelegenheit nicht nutzen, zumal ihr von Bayern noch so gut in die Hände gearbeitet wird.

Wer es ehrlich mit dem deutschen Volke meint, wer es retten will aus tieferer Not, der muss unbedingt auf dem Standpunkt stehen: Lieber morgen die Nationalversammlung, als übermorgen, denn übermorgen ist es möglicherweise schon zu spät. Scheidemann hat einen Weg gewissen, wie schnellstens die Nationalversammlung zusammengebracht werden kann, ohne dass Heeresangehörige benachteiligt werden brauchen; die Dresden Wahlen haben gezeigt, dass es geht, wenn auch nicht ganz korrekt. Aber es kann gehen; wo ein Will ist, da ist auch ein Weg. Warum muss es denn bei den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen gehen, die bereits für Dezember im ganzen Lande vorgeschrieben sind. Schonste Wahl zur Nationalversammlung ist das einzige Mittel, das deutsche Volk vor dem Schlimmsten zu bewahren. Aber nicht erst im Januar oder Februar, dann ist es unbedingt zu spät. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass im Februar ein Deutschland in seiner jetzigen Form gar nicht mehr vorhanden sein wird. Noch im Dezember muss die Nationalversammlung zusammentreten können, wenn Rettung gebracht werden soll.

Wir waren im Krieg stets Optimist. Und noch heute sagen wir: Mit Recht! Es war unsere Pflicht, im Volle den Glauben an den Sieg zu erhalten und das Volk zum Endesiegen führen zu helfen. Leider kam es dazu, dass unser Volk die Nerven zu früh verlor und die lezte Viertelstunde den Helden gehörte. Wir sind der festen Überzeugung: Einen Winterfeldzug hätte es nicht mehr gegeben; hätte das deutsche Volk noch wenige Wochen ausgehalten, der Zusammenbruch, der uns betroffen, wäre auf seindischer Seite beim französischen und italienischen Volk eingetreten. Aber so optimistisch wir fühlten in die deutsche Zukunft sahen, so pessimistisch müssen wir es heute angejüngt der betrübenden Verhältnisse und noch betrübenderen Aussichten in Zukunft tun. Kommt nicht schleunigst die Nationalversammlung, dann wird das, was wir vor vier Jahren als englisch-französische Utopien ansahen, zur Wirklichkeit: Das Deutsche Reich wird aufgelöst in eine Anzahl Staaten, die unter der Oberkontrolle der Westmächte stehen. In nicht mehr ferner Zeit werden wir Engländer und Franzosen, vielleicht auch Italiener und Amerikaner im Lande haben, welche auf "Ordnung" sehen und die Aufstellung Deutschlands vollenden. Soll es dahin kommen, soll das deutsche Volk unter Vormundschaft gestellt werden, weil es nach Unrecht der Entente politisch nicht trifft ist zur Selbstverwaltung. Soll diese Vernichtung des Reiches die Frucht sein aus der Saat, welche Millionen der Besten unseres Volkes drausen gestreut?

Die sofortige Wahl der Nationalversammlung ist möglich, sie ist unbedingt notwendig. Wer sie hintertriebt, lastet schwerste Schuld gegenüber dem Volksgenossen auf sich!

Soll will zurücktreten?

1 Berlin, 28. 11. Obwohl noch gestern abend die Nachricht verbreitet worden ist, dass Staatssekretär Dr. Solf trotz seines Roncifiles mit Eisner im Amt bleibt werde, und zwar mit Rückicht auf die internationalen Beziehungen, scheint es doch, dass in nächster Zeit, vielleicht schon heute, der Rücktritt Dr. Solfs erfolgen solle. In diesem Falle beabsichtigt wie die "Voss. Ztg." hört, die gesamte politische Abteilung des Auswärtigen Amtes ebenfalls zurückzutreten. Es scheint ferner nicht ausgeschlossen zu sein, dass die am Schluss der Reichskonferenz laut gewordenen Angriffe gegen andere Mitglieder der Reichsregierung, sowie gegen die nachdrückliche Unterstützung dieser Angriffe durch den Münchener U. und S.-Rat die Solidaritätsklärung auch einzelner sozialistischer Mitglieder mit dem Staatssekretär Dr. Solf zur Folge haben wird. — Wir gehen immer weiter dem Abgrund zu!

Die kommende Nationalversammlung nicht in Berlin?

1 Wie die Germania mittelt, wird in politischen Kreisen die Frage, ob die kommende Nationalversammlung in Berlin tagen könne, glatt verneint. Die Spartakusgruppe ans das, was um sie herumhängt, würde vor dem Versuch nicht zurückstehen, gegen ein Parlament, das ihrem Willen nicht gefügt ist, alle Mittel des Terrors anzuwenden. In Berlin beherrschte Viehmarkt in den Tat die Lage. Die "Germania" nimmt an, dass ungefähr hunderttausend Zivilisten in Berlin im Besitz von Waffen, Gewehren, Revolvern usw. sind. Dazu seien aus den Depots große Mengen von Munition und Handgranaten entwendet worden. Ferner sei das Berliner Militär zum Teil ohne Waffen, zum anderen Teil völlig unzuverlässig. Eine Nationalversammlung aber müsse ohne Beeinflussung der Straße und unabhängig von äußeren Einwirkungen ihre Beschlüsse fassen können.

Das ganze deutsche Volk soll büßen

Churchill hat in Dundee eine Rede gehalten und u. a. gesagt, dass der Böllerbund sein Surrogat für die Herrschaft der englischen Flotte wäre. Er erklärte, dass von den deutschen Kolonien keine einzige zurückgegeben werden solle. Ebenso wenig wie irgendwie eroberten Teil der Türkei. Über die Friedensbedingungen sagte Churchill, die deutsche Nation ist als Ganzes für diesen Angriff schuldig und muss als Ganzes dafür zahlen. Die richterlichen Beamten der Krone sind damit beauftragt, diese Frage zu untersuchen und Anklageeröffnungen gegen solche Personen, die sich der Übertretung der Kriegsgefechte schuldig gemacht haben, aufzustellen.

"Daily Telegraph" schreibt über die britischen Enthüllungen über den Ursprung des Konfliktes: Somit kommt von allen Seiten die Befürkung der Hebung, welche die Verbündeten seit langem gehabt haben. Wenn die Frage auftritt, warum die eingelenkten deutschen Völker so hartnäckig darauf bestehen, ihre schmutige Wäsche vor der Öffentlichkeit zu waschen, dann ist wahrscheinlich die Antwort, dass sie ein für allemal die preußische Herrschaft zu verdammen suchen. Vielleicht werden schließlich zwei Republiken entstehen, eine mit der Hauptstadt in Frankfurt, die andere mit dem Zentrum in Berlin. Wir können nur hoffen, dass Deutschland die eine oder andere dauerhafte Regierungsform errichten wird, aber wir können keinen Unterschied machen zwischen den verschiedenen Teilen des ehemaligen Deutschen Reiches, oder gewisse Staaten von den Verantwortlichen befreien. — Das Blatt schreibt aus den Enthüllungen über die Schuld am Kriege, dass die britische Regierung darauf ausgehe, einen Bruch mit Berlin herbeizuführen und eine Annäherung an die Verbündeten zu suchen. Die "Times" schreiben: Bayern wird sich mit seinen Enthüllungen in den Augen der Verbündeten nicht reinwaschen. Der Verband wird nicht mit Rechthabern verhandeln.

Katastrophen-Dämmerung

Konflikt zwischen Regierung und Heeresleitung

1 Vor den Arbeiterräten Groß-Berlins sprach am Mittwoch vormittag Emil Barth vom Volksausschuss über die wirtschaftlichen Fragen:

Wenn man in den Kreisen der Arbeitnehmer so weiter arbeiten will, wie dies augenblicklich geschieht, so muss die Regierung bald am Ende ihres Könbens sein. Das deutsche Volk stande in der Ernährungsfrage vor einer Katastrophe, wie sie schämmer nicht gedacht werden könnte. Die Verhältnisse lagen so, dass wir in vierzehn Tagen kein Fett, in wenigen Wochen keine Kartoffeln und in drei Monaten keine Brotspeck mehr besäßen. Noch schämmer aber lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse. Man bedenke nur, welche Katastrophe die Kohlenfrage unweigerlich hinaufbeschwören müsse. Man könne geradezu sagen, dass die Genossen im Kohlengebiet dem ganzen deutschen Volke durch ihre nicht zu vertretenden Forderungen in den Rücken fallen.

Man habe durch das Eingreifen der Regierung den Kohlensarbeitern den von ihnen verlangten Tageslohn von 25 Mark sowie den achtstündigen Arbeitstag bewilligt, und trotzdem verstehen sich diese Menschen nicht dazu, im Interesse der Menschheit sich dem Ganzen einzufügen. Wenn keine Wenderung in der Kohlensförderung eintritt, so wird Deutschland in 14 Tagen weder Gas noch Elektrizität beschaffen.

Täglich treffen Delegationen der Osttruppen ein, die sagen: "Helft uns, oder wir erleiden das Schicksal der napoleonischen Armee an der Breslau."

Dann kam Barth auf das Verhältnis der neuen Regierung zur Obersten Heeresleitung zu sprechen. Am Dienstag ist es zwischen der Generalität und dem Soldatenrat in Lennep zu einem blutigen Zusammentreffen gekommen. Man hat die Mitglieder des dortigen Soldatenrates verhaftet. Noch ist die Schausfrage nicht gelöst, aber das eine sei sicher, wenn irgendein General, der da glaubt, sich auf seine Truppen verlassen zu können, es wagen sollte, am frigideiner Ede des Reiches eine Gegenrevolution anzusetzen, wenn er es wagen sollte, einen Mann der neuen Regierung an die Wand zu stellen, dann werde man gleiches mit gleicher verfolgen.

Das Kabinett hat der Obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Breslau nach Berlin zu verfügen. Es hat ferner die sofortige Absetzung des Generals v. Eberhardt verlangt. Noch ist zur Stunde keine Antwort der Obersten Heeresleitung eingelaufen. Doch hoffe man, dass die militärischen Stellen sich getreu ihrer Zusage zur dem Willen der Regierung beugen werden.

"Kein Brot für Bolschewisten"

1 Wie die Zeitungen in New York melden, hat die amerikanische Regierung über die Ernährungsfrage in Deutschland verschiedene Informationen von Sachverständigen eingeholt, um festzustellen, ob die deutschen Angaben über eine

Hungernot auf Tatsachen beruhen. Nach dem Gutachten dieser Sachverständigen soll Deutschland bis April, eventuell bis Mai, genug Lebensmittel besitzen. Die Zeitungen schlagen vor, Lebensmittel nach Europa zu schicken, sie aber vorläufig in den an Deutschland angrenzenden Ländern aufzuladen und vorerst abzuwarten, wie sich die Lage in Deutschland entwickeln wird und ob die Ruhe aufrechterhalten werden kann. Man müsste nach dem Grundsatz versuchen: Kein Brot für Bolschewisten.

Es wird schwierigste Aufgabe der deutschen Regierung sein, die Entente darüber aufzuklären, dass wir keineswegs bis April oder Mai mit Lebensmitteln verorgt sind, sondern in wenige Wochen vor der Hungersnot stehen.

Frankreich über die deutsche Revolution

Die "Basler Nachrichten" veröffentlichen ein Telegramm ihres Basler Mitarbeiters, in dem dieser erklärt, wie man in Paris über die deutsche Revolution denkt. Der Korrespondent schreibt u. a.: Die meisten Franzosen haben sehr wenig Vertrauen zu der neuen deutschen Republik. Sie sind der Ansicht, man habe in Deutschland die neue Staatsform angenommen, weil man auf diese Weise billigere Friedensbedingungen erhofft. In Wirklichkeit habe in Deutschland niemand, zum mindesten die leitenden Kreise nicht, die Meinung geändert. Die Auseinandersetzung laufe unter der neuen Etikette weiter. Im Grunde treibt Ebert keine andere auswärtige Politik, wie Prinz Max von Baden. Der jetzige Waffenstillstand sei nicht das Werk des neuen deutschen Bundes, noch das Werk des Prinzen Max, noch das Eberts. Der Waffenstillstand sei angeföhrt der militärischen Lage erlangt worden. Schon Prinz Max habe versucht, aus der schwierigen diplomatischen Lage die bestmöglichen Vorteile zu ziehen. Der Sozialist Ebert ahne nicht nur das Beispiel, sondern auch die Methoden seines Vorgängers nach. Die Taktik des Prinzen sei gewesen, Wilson von den Alliierten zu trennen und ihm eine besondere Stellung einzuräumen, damit er leichter die Rolle des Schiedsrichters übernehmen könne. Dieses Mandat sei nicht vollständig mißglückt, hätte aber nicht die Folgen gehabt, die man in Deutschland erhofft und in Frankreich befürchtet hatte. Der zweite Gedanke der deutschen auswärtigen Politik ist nach französischer Aussichtung die Angleichung der Deutsch-Oesterreicher, und man glaube, dass hier mehr Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, als bei den Verlusten, einen Anteil zwischen die Ententemächte und die Vereinigten Staaten zu treiben. Der Artikel befasst sich dann mit der möglichen Angleichung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland und weiß darauf hin, dass die Entente viele Mittel und Wege habe, um den Deutsch-Oesterreichern zu zeigen, wo ihre wahren Interessen liegen.

Ein Aufruf des Feldheeres

An alle Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat! Kameraden! Kameraden! Jeder Tag bringt uns neue Weise der Herzlichkeit, mit der ihr unsere heimziehenden Kameraden empfangt. Habt unseren Dank dafür! Beider begegnen unsre Brüder, aber in einzelnen Städten einem gewissen Missstrauen. Man fürchtet, sie ständen den Errungenenstaaten der Heimat feindlich gegenüber. Kameraden! Arbeiter! Nichts ist weniger begründet als eine derartige Befürchtung. Denn das Feldheer stellt sich rückhaltlos auf den neuen Boden und dankt allen in der Heimat für die gewisse Freiheit. Niemand nimmt werden die Feldtruppen der Realität die Hand bieten. Ein Ratt nur kann behaupten, dass sie die Wiedereinführung der alten Gewalten herwünschten, unter denen gerade sie so schwer gelitten haben. Das Feldheer will Ruhe und Frieden.

Daher bitten wir alle Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat auss dringendste, die hineinziehenden Truppen in jeder Weise zu unterstützen. Brüder! Vergeht keine Stunde die ungeheure Gefahr, in der wir schwaben. Jeder einzelne muss das äußerste aufstellen, um zur Ordnung mitzuwirken. Es darf nicht zum Zwiespalt zwischen den Frontsoldaten und den Heimatmännern kommen. Wir haben die Freiheit, aber nur Zucht erhält sie uns. Vereinzelt bringen Klagen zu uns, dass die Arbeiter- und Soldatenräte in Verletzung der Lage den zurückkehrenden Truppen Wagen, Betriebsstoffe und Gerät abnehmen und die Löschung der ungeheuer schweren Flammen des Rückmarsches hemmen.

Noch ist es Zeit, noch können wir Frieden, Brot und Freiheit schaffen. Aber Mann für Mann muss einstehen für Vernunft und Ordnung. Nur dann kann es glänzen, nur dann.

Der Volksausschuss des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung.

Was die deutsche Wählerin wissen muss

Die Bedeutung des Wahlrechts

Ein junges Mädchen von zwanzig Jahren stand früher im allgemeinen nur vor der Wahl des künftigen Gatten; in der modernen Zeit, in der es schwieriger wurde, einen Lebensgefährten zu finden, kam noch die Entscheidung wegen des Wahl eines Berufes hinzu, wenn diese nicht schon früher erfolgt war. Jetzt sollen nun alle Mädchen und Frauen, die über 20 Jahre alt sind, Abgeordnete zur Volksvertretung des neuen Deutschland wählen, also gewissermaßen zu einem republikanischen deutschen Reichstag.

Warum rast man jetzt die weibliche Bevölkerung dazu auf, während früher allein die Männer wahlberechtigt waren? Die Männer waren zu der Zeit, als die Volksvertretungen und die Wahlen zu denselben in Deutschland eingeführt wurden, nicht allein die Träger der militärischen Dienstpflicht, die in den Kriegen ins Feld muhten, sie waren auch die Hauptträger der Steuerpflicht. Für die Frauengewalt bestand als Hauptberuf der Hausfrau, die durch das Warten für Mann, Kinder und Haushalt vollständig in Anspruch genommen wurde. Deshalb erhielten ausschließlich die Männer das Wahlrecht, als es sich darum handelte, durch gewählte Abgeordnete an der Verteilung der Landesgegenstände und der Bewältigung der Staatsausgaben mitzuwirken.

In den letzten dreißig Jahren haben sich dann die Ansichten über die Stellung und die Tätigkeit des weiblichen Geschlechts vielfach geändert. Man meinte, dass tüchtige Frauen in ihrer häuslichen und beruflichen Tätigkeit ebensoviel leisten könnten, wie ein tüchtiger Mann, dass sie deshalb auch größere politische und Staatsbürgerschaftsrechte beanspruchen können. Das heißt, man verlangte für sie das Wahlrecht und die Zulassung zu allen Berufen, auch staatlichen Ämtern, die für eine Tochter geeignet sind.

Diese Forderungen der modernen Frauentechte standen besonders Befall und teilweise Verfolgung in einer Anzahl nordamerikanischer Staaten, in englischen Kolonialstaaten, in Dänemark und in Norwegen. In Deutschland, der eigentlich Heimat der Familie, konnte man sich nur nach und nach mit einzelnen Forderungen des neuen Frauentechts befriedigen,

Es ist über der Bildungsgang und die Rechtefähigkeit für weibliche Personen bedeutend erweitert.

Der Weltkrieg hat dann die Berufs- und Arbeitstätigkeit der Frauen und Mädchen in einem Umfang erweitert, den wir früher nie für möglich gehalten hatten. Auch zur Pflege der Verwundeten im Felde ist von ihnen unendlich viel getanzt, und so hat die neue sozialistische Regierung bestimmt, Ihr sollt praktisch mitarbeiten an Deutschlands Zukunft, indem Ihr ebenfalls berechtigt seid, die Vertreter des Volkes zu wählen, die alle Bestimmungen treffen sollen, wie es im neuen Deutschland werden soll.

Die Verleihung des Wahlrechts an die weibliche Bevölkerung Deutschlands ist also kein bloßes Gelegenheitsgelegenheit, es ist die Übertragung der Aufgabe, das neue Deutschland mit auszustalten zu helfen. Dieses Recht ist um so wertvoller und wichtiger, als es infolge des Krieges erheblich mehr Wählerinnen als Wähler geben wird. Wir dürfen schätzungsweise annehmen, daß auf etwa 17 Millionen Wähler 20 Millionen Wählerinnen entfallen. Die Wählerin ist also eine sehr wichtige politische Persönlichkeit. Kann sie dem gerecht werden, schon mit 20 Jahren?

Politische Nachrichten

Befreiung der Kriegsziehre in Österreich?

pd Wien, 27. 11. Von amtlicher Seite wird erwogen, alle Personen unter Aufsicht zu stellen, deren Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bereits festgestellt ist. So sollen die Grafen Berchtold und Czernin und mehrere hohe Beamte des Kriegsministeriums, die sich an Kriegslösungen beteiligt haben, unter Aufsicht gestellt werden. Auch Carl von Habsburg, sowie den Erzherzögen Friedrich, Eugen und Peter Ferdinand soll das gleiche Schicksal bevorstehen. Ferner dürfen u. a. die Heerführer Arz, Höhendorf, Boreovic und Danzl unter Aufsicht gestellt werden. Die militärische Untersuchung wird General Auffenberg führen.

Der Ernst der Ernährungslage

pd München, 27. 11. (Amtlich.) Ein Berliner Telegramm behauptet, daß die pessimistischen Ausschaffungen des Volksbeauftragten Haas über die Ernährungslage in Deutschland im Reichsernährungsamt nicht geteilt würden, und daß insbesondere* der Leiter des Reichsernährungsamtes Wurm wesentlich günstiger urteile.

Zur Stellung dazu füllt, daß am Montag in Berlin auf der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik gerade der Bericht Wurms über die Ernährungslage rücksichtlos dargelegt hat, daß wie in der Ernährung vor dem Abgründ stehen.

Keine Friedensverhandlungen, bis Rußland daran teilnehmen kann

pd Zürich, 28. 11. Von gut unterrichteter amerikanischer Seite wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten entschlossen ist, nicht eher in Friedensverhandlungen einzutreten, bis Rußland durch eine zentrale bürgerliche Regierung an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Tag ist.

Die A.- und S.-Rote von der Entente nicht anerkannt
pd Zürich, 26. 11. Der Schweizer Pretelegraph meldet: Wilson erklärte im Kammerausschuß, daß mit den Bevollmächtigten des deutschen Arbeiter- und Soldatenrates auch über die Verlängerung des Waffenstillstandes nicht verhandelt werden dürfe.

Der Rückmarsch der 5. Armee

pd Die 5. Armee unter General v. d. Marwitz in Stärke von ungefähr 500 000 Mann steht ihrer Rückmarsch programmgemäß in besserer Ordnung bei geordneter Versorgung fort. Am 27. November werden die Spalten der Armee den Rhein zwischen Mainz und St. Goar erreichen und den Flug auf den Brücken bei Mainz, den Hindenburgbrücke bei Weisenheim und einer Pontonbrücke bei St. Goar überqueren. Der Weitermarsch wird dann über Frankfurt, Gießen, Biebrich und Rastatt erfolgen.

Der feindliche Plan eines neuen Rheinbundes

pd Haag, 27. 11. Der "Nieuwe Courant" schreibt: Der Verband arbeitet bereits an einem Sonderbunde aus den südlichen und rheinischen Gebietsteilen Deutschlands, und wenn Ver. in diesem Umstand nicht Rechnung trage, werde man bald vor unwillkürlichen Ereignissen stehen. Aus der letzten Note Bonnings könne man herauslesen, daß eine Förderung bolschewistischer Grundsätze nur zur Erhöhung des Elends im deutschen Volke beitragen könne.

Die Auslieferung des Bahamaterials

pd Wie Neuer erfährt, soll Staatssekretär Dr. Solf mitgeteilt haben, daß die Auslieferung der Waffenstillstandsbedingungen, was die Auslieferung der Lokomotiven und Wagen betrifft, sehr schwierig geworden sei, deshalb habe er gebeten, die Lieferung vorläufig bis zum 1. Februar zu verzögern.

Gegen den russischen Bolschewismus

po Basel, 26. 11. "Times" und "Morning Post" melden die Aufrechterhaltung der Mobilmachung der Entente zum beschleunigten Vormarsch nach Rußland. "Morning Post" schreibt, daß der russische Bolschewismus wird bis Ostern sicherlich besiegt sein.

Bolschewistischer Anschlag in der Schweiz

ps Zürich, 26. 11. Die "Morgenpost" erfährt zuverlässig, daß es bolschewistischen Sozialisten gelungen ist, einen Anschlag gegen die staatliche Munitionsfabrik der Schweiz, die sich in Thun befindet, auszuführen und dort 30 000 Patronen zu entwenden.

Spaniens Bruch mit den Bolschewisten

ps Bern, 26. 11. Der Schweizer Allgemeine Pressedienst meldet aus Madrid: Der spanische Minister des Innern erklärte im Kabinett, Spanien habe alle Beziehungen zur bolschewistischen Regierung abgebrochen und zur Zeit keine Vertreter mehr in Rußland.

Kleine Mitteilungen

† Der in Ulm verhaftete und in München wieder freigelassene General Krafft v. Dalmanningen war vor 14 Tagen in Ulm abgestiegen und hatte von der Obersten Heeresleitung zwei Divisionen, aber keine Preußen* erbeten, um die Revolution in München wieder rückgängig zu machen. Dieses Telegramm wurde infolge des Umsturzes in Württemberg ausgegangen und der Absender verhaftet.

† Polizeipolizeiabende in Berlin. Infolge der Kohlenknappheit wird aus Anlaß der Demobilisierung die Polizeiabende für sämtliche Gast- und Schankwirtschaften auf 9 Uhr abends festgesetzt. Versammlungen unterliegen nur insofern einer Beschränkung, als nach 9 Uhr abends ein Auschank nicht mehr stattfinden darf. Der Auschank von Branntwein und Wein ist verboten.

Der Rückmarsch der Parteien zur Wahl des Nationalversammlung

Sowohl die Parteigruppierung infolge der Revolu-

tion bisher überschaut läßt, werden bei den Wahlen zur Nationalversammlung sich folgende Parteien zur Entscheidung vor die Wähler stellen:

Sozialdemokratische Partei (Ebert, Scheidemann), Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Haase, Ledebour), Spartakusclub (Liebknecht, Rosa Luxemburg),

Deutsche Demokratische Partei (Max Weber, Ritschard, Theodor Wolff, v. Rintelnhofen), in der Hauptstadt die frühere Fortschrittliche Volkspartei und der linke Flügel der Nationalsozialisten.

Deutsche Volkspartei (Griesberg, Stresemann, Wiemer, Rospach), in der Hauptstadt die früheren Nationalliberalen und eine große Anzahl Fortschrittsler,

Christlich-demokratische Volkspartei (Erzberger, Pfeiffer), das frühere Zentrum, Deutsche nationale Volkspartei (Behrens, Philipp, Werner, v. Winterfeldt-Wentz), in der Zusammenfassung die früher rechtsextremen Parteien bei stärkerem Hervortreten der Christlich-Sozialen.

Auso vier bürgerliche Parteien. Ob nicht zwei auch genügt hätten?

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 28. November 1918.

† Die Rückkehr der sächsischen Truppen. Von sächsischen Feldtruppen sind folgende Truppenteile in die Heimat abtransportiert und ihr Enttreffen in den nächsten Tagen zu erwarten:

19. Infanteriedivision (Erz., Inf., Regt. 23, 24 und 33),

24. Inf.-Division (Inf.-Regt. 133, 139 und 179),

96. Inf.-Division (Erz., Inf.-Regt. 40, Inf.-Regt. 24 und Landw.-Inf.-Regt. 102),

123. Inf.-Division (Inf.-Regt. 178 und 251 und Inf.-Regt. 106).

Ferner Landsturmabteilung Nachsch., sowie an kleineren Verbänden Jägerregiment 10, Regimentsstab Sach., Ballonzug 155, Hofstafkommandantur 523, Bahnhofskommandantur 386 und Wirtschaftskompanie 201.

† Militärische Abstandnahme. Morgen Freitag, abends 8 Uhr findet, wie mitgeteilt, in der geheizten Kirche wieder eine der gern besuchten musikalischen Abendandachten, auf Wunsch mit anschließender Abförderung Gesangverein und Abendmahlfeier statt. Herr Musikleiter Fallenberg, der schon wiederholte in seiner Stadtkirche von seinem Beben uns gegeben hat, wird unter Orgelbegleitung mehrere Violin- und Violonvorträge als Abschiedsgruß uns bieten, und fröhle Kinderchor werden zwischen die Herzen erbauen, auch der Kirchenchor wird beteiligt sein. Der Schuh bildet der kurze kirchliche Akt mit Gebet und Gemeindegesang.

† Bezirksarbeitsnachweis. Alle zur Entlassung vom Heeresdienst kommenden Männer haben, die im Bereich des Bezirkskommandos Görlitz wohnen, sind auf den Bezirksarbeitsnachweis Görlitz aufmerksam zu machen, der bemüht sein wird, ihnen eine geeignete Arbeit zu vermitteln. Der Bezirksarbeitsnachweis befindet sich in der Zweigstelle der Amtshauptmannschaft Görlitz (früher Sulzbergerisches Grundstück). Sprechstunden täglich 8—1 Uhr, Ferien 9, 11, 28, 55.

† Zur Arbeitsvermittlung. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat eine Verordnung erlassen, nach welcher alle Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem kürzesten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, haben diese Anmeldepflicht zu erfüllen.— Es sei in diesem Zusammenhang erneut auf den Arbeitsnachweis beim Stadtkrat und auf den Bezirksarbeitsnachweis bei der Amtshauptmannschaft Görlitz aufmerksam gemacht.

† Die Kapelle der Unteroffizierschule, die sich in diesen Tagen aufhält, gab gestern abend im Stadtparksaal ihr letztes Konzert. Bei starkem Besuch fand Herr Musikleiter Fallenberg für seine künstlerischen Leistungen nochmals starken Beifall, der sich zu Begeisterungsumstimm entwidelt, als ein Angehöriger der Unteroffizierschule den Dank für Herrn Fallenburgs Wirken in Worten ausdrückte. — Morgen abend gibt die Kapelle der 12er Fuzilliere, die zu den besten deutschen Militärapellen zählt, ebenfalls im Stadtpark ein Konzert.

Das Frankenthaler Stadtor steht nunmehr, nachdem die Mitglieder aus dem Felde zurückgekehrt sind, seine Tätigkeit wieder auf. Siehe Anzeige! Herr Stadtmusikdirektor Kneisel bleibt bei der Städtischen Kapelle in Chemnitz; Stell wird zur Auszeichnung kommen.

† Große Unzufriedenheit herrscht über das jüngst angekündigte Papiergeld und dessen Vollwertigkeit. Es sei daher aufmerksam gemacht, daß Banknoten und Kassenscheine nur insoweit ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden dürfen, als für deren Wertbetrag sichere Gedanken hinterlegt sind. Unter die Maßregel fallen alle Kriegsgeldzettel und Gutscheine der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Stadt Frankenthal hatte z. B. für die in Umlauf gebrachten 40 000 Gutscheine zu 50 Pf. einen Gefambezug von 20 000 Mark als Bürgschaft bei der Kreishauptmannschaft Chemnitz zu hinterlegen, die Amtshauptmannschaft Görlitz für die neuerrichtete zur Ausgabe geangangenen Gutscheine den Betrag von 1 800 000 Mark in Kriegsanleihe bei der Sächsischen Bank, Filiale Chemnitz, und so ähnlich haben alle papiergeldausgebenden Körperschaften Sicherstellungen zu leisten. Im übrigen soll das "Riegelgeld" nur eine vorübergehende Maßnahme sein, um dem Kriegsgeldmangel abzuholen. Es werden also die vielen neu austauschbaren Sorten voraussichtlich bald wieder verschwinden, sobald nur einigermaßen größere Massen Kriegsgeld wieder aus der Zirkulation heraus in den öffentlichen Verkehr kommen.

† Gegen das Hamstern. Der Arbeiter- und Soldatenrat der Amtshauptmannschaft Görlitz macht nochmals darauf aufmerksam, daß das Hamstern von Lebensmitteln zu unterbleiben hat. Alle örtlichen Ernährungsausschüsse sind angewiesen, dem Schleichhandel rücksichtlos entgegenzutreten. Die Landwirte werden gleichzeitig dagegen hingewiesen, nichts auf diejenigen der Volksversorgung so schädlichen Wege zu verkaufen. Sollten trotzdem noch Personen angetroffen werden, so wird eine strenge Bestrafung eingezetzt.

Chemnitz. Auf das von dem Stadtverordnetenvorsteher Julius Böhl wegen der Ausführung der Stadtvorordnetenverfügung an den Reichslandrat gerichtete Telegramm ist folgende Antwort eingegangen: "Vorläufig A. und S. Rat ist zunächst zur Erklärung über sein Vorgehen aufgefordert. Weitere Mitteilungen vorbehalten. Reichsregierung." — Landtagsabgeordneter Felsch gibt als Ernährungskommissar bekannt, daß vom 1. Dezember ds. Js. ab sämtliche Chemnitzer Betriebs- bzw. Fabrikshallen zu schließen sind. Jede Herstellung oder Verabfolgung von Speisen in den Räumen ist von dem genannten Tage ab streng verboten.

† Die Braunkohlen und Bruttetts werden teurer. Die Braunkohlenwerke der Provinz Sachsen haben auf Anordnung des sächsischen Arbeiter- und Soldatenrates ihren Arbeitern eine Erhöhung der Mindestlöhne um 60 v. H. zugestanden. Da die Lohnerhöhung die Werke untenstehend machen würde, eisernen die Verwaltungen genötigt zu sein, die Kohlen- und Bruttettspreise zu erhöhen.

— Dresden. Ein Dresdner Bürger- und Einwohnerrat hat sich in einer Versammlung von Dresdner Bürgern aller Stande unter dem Vorstoß des früheren Ministers Dr. Heine gebildet.

— Dresden. Seit Dienstag verleben infolge des Kohlenmangels in den städtischen Elektrizitätswerken die Strombohnen auf weiteres an allen Werken nur noch von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags. Um 3 Uhr wird der Strombahnenverkehr vollständig eingestellt. Die Verordnung besagt, daß nicht auf die Straßenbahnlinien eingestellt werden.

— Chemnitz. Insgesamt 53 Millionen Mark hat die Stadt Chemnitz bis jetzt nur zur Durchführung der durch den Krieg verursachten besonderen Maßnahmen aufgebracht. In dieser Summe sind 2 1/2 Millionen einmalige Teuerungsabzüge an städtische Beamte, Arbeiter und Angestellte beigegeben.

— Bautzen. Der für das große Hindenburg-Ehrenmal befindende Ausbau hat seine Tätigkeit vorläufig eingestellt und dem Stadtrat 12 000 Mark zu einer Hindenburg-Stiftung für bedürftige Kriegsleidende übergeben. Nach Friedensschluß soll auf einem ähnlichen Platze die eiserne Büste des Feldmarschalls aufgestellt werden.

— Bautzen. Ortsärzte Silsime lachen die Stadt heim und richten beträchtlichen Schaden an. Bahnenbrüche und Telefonmolen sind umgelegt, Bahnen abgerissen und fortgeworfen worden u. a. m.

— Gainsdorf bei Zwittau. Der erste Gemeindeschreiber und Bollschleifermeister Hauck hier hat sich Unrechtsmäßigkeit bei der Bollschleife schuldig machen lassen und ist seines Amtes entstellt worden.

— Rammen. Der Schuhmacher Löbner, der von seinem Arbeitnehmer Walter wegen eines Diebstahls vertraten worden war, lauerte diesem auf dem Schulweg auf, hielt ihm einen geladenen Revolver an die Stirn und sagte: "Ich erschieße Dich!" Walter wehrte mit der linken Hand, die Schuß ging los und traf W. in die linke Hand, die verletzt wurde, daß W. ins Bett gebracht werden mußte, wo ihm wahrscheinlich mehrere Finger abgenommen werden müssen.

— Landshammer. Durch den Brand des Transformatorhauses bei Dörrhammer wurde (außer der Betriebsförderung) ein Schaden von 260 000 Mark verursacht.

— Bautzen. Die Stadt zw. dagegen ist eine Unleid.

— Görlitz. Das zweite lothringische Infanterie-Regiment Nr. 131 ist hierher verlegt worden. Einen eigenartlichen Unfall hat der Einzug der Soldaten dadurch, daß zahlreiche Familien aus Lothringen mit eintrafen, die sich von ihren Heimatorten nicht trennen und nichts von der Besiegerei ihres Heimatlandes durch die Franzosen leben wollten.

— Nach Redaktionsschluß eingegangene Meldungen

(Amtlich.) Berlin, 27. 11. Der Volkszugrat hat den Rat der Volksbeauftragten erucht, 1. schleunigst zu veranlassen, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet; 2. unter Zusicherung von Mitgliedern des Volkszuges für die Beschaffung und Bewachung aller die Auswärtigen Angelegenheiten und aller das gefürzt Regierungssystem betreffenden Alten unverzüglich Sorge zu tragen.

Berlin, 27. 11. Heute ist durch Funkspruch ein Telegramm der deutschen demokratischen Partei an den Präsidenten der Vereinigten Staaten abgegangen, in welchem es u. a. heißt: Die deutsche demokratische Partei, der aus allen Teilen des Landes Anhänger zuströmen, bekennt sich zur Republik und wird, wie auf den Boden der Sozialdemokratie zu treten, die junge Freiheit gegen Reaktion und gegen bolschewistischen Terror verteidigen helfen. Wir wollen ein Deutschland und ersuchen eine Welt, in welcher, wie Sie, Herr Präsident, es vorgezeichnet haben, der Friede, die Nachkunft, die mittelalterliche Machtanfassung und die bolschewistische Anarchie keinen Platz haben sollen. Wenn man im Auslande den Erfahrungen der deutschen Waffenstillstandskommission vielleicht keinen Glauben geschenkt haben sollte, so bezweigen wir, was über die Not Deutschlands gelagt worden ist. Jede Nachfrage über die entsetzlichen Verwüstungen, welche die heimgebrachten Länder trafen, hat unsern Frauen vor dem Kriege und unsere Abteilung gegen die alten gewaltpolitischen Ideen verstärkt. Wir protestieren dagegen, daß die Vertreter des verderblichen nationalen Geistes über die Zukunft der Welt entscheiden sollen.

Amsterdam, 28. 11. Die Londoner Blätter veröffentlichen Erklärungen der englischen Konsuln, denen zufolge die Alliierten das Recht hätten, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen. „Ball Mall Gazette“ sagt: Nach den britischen Empfehlungen ist die Schuld des Kaisers zweifelsfrei festgestellt erwiesen worden.

Reich, 28. 11. Die Franzosen haben gestern abend auch auf der badischen Rheinbrücke ohne Mitteilung von Gründen Posten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär steht dort in dichter Nähe, tritt aber nicht in Verkehr miteinander. Auch aus anderen badischen Orten wird die Aufstellung französischer Posten auf der rechten Rheinseite gemeldet.

Bielefeld, 27. 11. Der Volkszugsausschuss des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung hat heute an den Volkszugrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin einen Fernspruch gerichtet, in welchem der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung die Einberufung der Delegiertenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auf den 16. Dezember nach Berlin begrüßt.

Berlin, 27. 11. Die Reichsregierung hat heute beschlossen, daß alle politischen Archivs, das heißt die des Auswärtigen Amtes, des Militärlandes und des Oberbefehlshabers in den Märzen unter die Obhut des Rates der Volksbeauftragten gesetzt werden.

Paris, 28. 11. Echo de Paris meldet: In Beantwortung von Neuhebungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung die Auslieferung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Soldat der Armee angesehen und nicht mehr interniert werden könne. Sie versichert vom

Sächsisches

zur Einrichtung der Umschalter ist Versteigerung von Kunstgegenständen. Regierungseitige Anläufungen über die Einrichtung der anlässlich von Versteigerung von Kunstgegenständen fällig werdenden Umschalter unter den Interessenten in der Ausfunkstelle der Handelskammer Chemnitz eingeleitet werden.

zur Auslösung der Amtlichen Handelsstellen im Verwaltungsbereich Ober-ost. Nach Mitteilung der Handelskammer Chemnitz sind die Amtlichen Handelsstellen im Verwaltungsbereich Ober-ost aufgelöst worden. Die angehlossenen Firmen werden veranlaßt, keine Angebote mehr an diese Geschäftsstellen zu richten. Anfragen über noch laufende Geschäfte oder ausstehende Forderungen sind fünfzig, möglichst nach den einzelnen Geschäftsstellen geordnet, an die Amtliche Handelsstelle deutscher Handelskammern in Königsberg i. Pr., Aneiph. Banggasse 1/4, zu richten.

zur Auslösung von Lieferungsverträgen. In den letzten Tagen sind bei der Handelskammer vielfach Klagen darüber eingelaufen, daß im Hinblick auf den Friedensschluß und auf die durch die großen politischen Umwälzungen hervorgerufene unihre wirtschaftliche Lage seitens zahlreicher Firmen die Annahme von bestellten Waren verwirkt und die geschlossenen Lieferungsverträge überhaupt annulliert worden sind. Die Handelskammer Chemnitz weist deshalb darauf hin, daß derartige Verträge unbedingt eingehalten werden müssen, daß also die Kunden allen Abnahmeverpflichtungen nachkommen haben, wenn nicht entsprechende Klauseln in die vertraglichen Abmachungen aufgenommen worden sind. Sie sehen sich andernfalls der Gefahr aus, vor Gericht auf Abnahme der Waren verklagt zu werden und zum mindesten erhebliche Kosten nachzuhäufen zu erleiden. Hierzu kommt, daß das Interesse der Allgemeinheit eine Fortführung aller Fabrikbetriebe in der bisherigen Weise erfordert, damit drohende Gefahr einer umfassenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit vermieden werde. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat deshalb im Einvernehmen mit der Handelskammer verfügt, daß alle industriellen Werke weiterarbeiten haben. Eine Fortführung der Betriebe ist natürlich nur dann möglich, wenn sie für ihre Ergebnisse Abzähle finden. Es ist deshalb unbedingte Pflicht aller Beteiligten, bestehende Verträge einzuhalten, auch wenn es sich um Kriegsmaterial handelt. Der Einzelvorteil muß hinter demjenigen des Ganzen zurück-

treten. Sollten trotzdem Einzelne Firmen versuchen, sich ihren Vertragspflichten zu entziehen, so möglichen betreffenden Personen empfohlen werden, die Einhaltung der Verträge durch unmittelbare Einwirkung seitens der maßgebenden Stellen zu erwingen.

zur Freigabe von Treibriemen. Nach Mitteilung der Handelskammer Chemnitz ist dem Arbeiter- und Soldatenrat Chemnitz auf seine Vorstellungen wegen Freigabe von Treibriemen seitens der Niemandsfreigabestelle folgender telegraphischer Bescheid zugegangen: "Treibriemensirtschaft bleibt unverändert bestehen. Anträge auf Bezugsscheine für Treibriemen sind an zuständige Beratungsstellen für dortige Schwerindustrie, Verband Sächsischer Industrieller, Dresden, Bürgerwiese 24, zu richten. Telegrafische Anträge plausig."

zur Erleichterungen im Wertpapierverkehr. Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungslöschen, Bindfaden, Siegellad usw. den Absender vielfach nicht möglich gewesen, bei Poststellen von der Wertangabe Gebrauch zu machen. Infolgedessen blieb bei den sehr hohen Preisen der Schadeneratz, der seitens der Postverwaltung auf Grund des Postgesetzes in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem wirklichen Wert der Sendungen zurück. Zur eingekommenden Weise hat nun der Staatssekretär des Reichs-Postamtes verfügt, daß vom 15. November ab bei Paketen mit einer Wertangabe bis 100 Mark verlängt, teine höhere Anforderungen an Verpackung und Verschluß zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mark keine Versteigerung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Absender möglich gemacht, Pakete im Wert bis 100 Mark ohne weitere Schwierigkeiten unter Entrichtung der Verschüttungsgebühr von 10 Pf. als Wertpakte auszuliefern. Gehobene Pakete verlieren oder werden sie beschädigt oder beraubt, so wird bei der Erfüllung die Wertangabe zu Grunde gelegt, jenseit nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Falle wird nur der letztere erzeigt. Aus Betriebsrücksichten ist bei Paketen bis 100 Mark der Wert nur auf der gelben Paketkarte, nicht aber auf den Paketen selbst anzugeben.

zur Gründung eines sächsischen Offiziersbundes. In einer Versammlung zahlreicher Offiziere am 23. d. R. wurde die Gründung eines sächsischen Offiziersbundes beschlossen, dessen Ziele in folgender Erklärung festgelegt wurden: "Der Bund stellt sich auf den Boden des neuen Deutschlands. Er

unterstützt jede Regierung, die Sicherheit und Ordnung zum Wohle des gesamten Volkes verbürgt und trifft ein für baldige Erüberung der Nationalversammlung. Er übernimmt es, die Interessen aller Heeresangehörigen im Offizierstande aktiven, inaktiven und des Beamtenstandes und deren Angehörigen einschließlich Witwen und Waisen wahrzunehmen. Er hält es für seine weitere Aufgabe, mitzuarbeiten an der Fürsorge für alle Heeresangehörigen, auch Unteroffiziere und Mannschaften, insbesondere der Feldzugsteilnehmer. Die Not des Vaterlandes, die Sorge um Damen und Beruf, die Pflicht, einzutreten für alle die, welche in schwerer Zeit tapfer und unerschütterlich zusammenstanden, für Witwen und Waisen der Gefallenen, gebietet den Zusammenschluß der Offiziere, von denen keiner zurückstehen darf." Bekanntserklärungen und Zuschriften sind vorläufig zu richten an Hauptmann Rob in Dresden, Reichenbachstraße 4.

zur Wegfall der besonderen Schwarzarbeiterzulage. Nach der in der heutigen Nummer unserer Zeitung abgedruckten Bekanntmachung des Kommunalverbandes Flöha Nr. 32 erhalten die Schwarzarbeiter jetzt 30. November ds. J. ab keine besondere Bruttogabe mehr, sondern nur wie die übrige versorgungsberechtigte Bevölkerung, 5 Pfund Brot wöchentlich. Dies kommt daher, daß die 40 Gramm Mehrlage, die der Grundrente vom 1. Dezember allgemein zuwachsen, von der Schwarzarbeiterzulage, die jeder Kommunalverband monatlich erhält, wieder gelöszt werden müssen. Eine Besserstellung der Schwarzarbeiter in der Brotdistribution wird aber dadurch herbeigeführt, daß jetzt alle über 6 Jahre alten Familienangehörigen durchgängig je 5 Pfund Brot wöchentlich erhalten und daß die Kinder im 5. und 6. Lebensjahr in der Brotdistribution besser gestellt werden sind.

zur Distanz von 50 000 Mark. Ein Vermögensverlust der kürzlich in München gestorbene Rentner Pah

zur Plauen. Einbrecher entwendeten bei einem Büchsenmacher aus dem Schaukasten Jagdgewehre im Werte von über 1000 Mark.

zur Schnitzberg. Habitueller U. Wilisch und Frau in Oberschöna spendeten 10 000 Mark für Errichtung einer Stiftung zum Zwecke der Säuglings- und Kinderpflege in dieser Gemeinde.

zur Waldkirchen. Die Gemeinde Waldkirchen (Amtshauptmannschaft Flöha) führt häufig den Namen Waldkirchen-Schönau auf.

Welt-Theater

Freiberger Straße 55.

Nur 1 Tag!

Heute Freitag **Lache, Bajazzo!**

im Film: Ein Schauspiel in 4 Abteilungen nach dem gleichnamigen Roman von Artur Landsberger.

Der grosse Unbekannte.

Eine lustige Detektivgeschichte in 3 Akten.

Hauptdarsteller: **Marga Köhler und Fritz Junkermann.**

hochachtend **H. Schmidt.**

Zu einem Besuch lädt ein

Am Freitag Anfang von 5 Uhr ab.

Ballhaus „Stadtpark“

Freitag, den 29. Novbr., abends 8 Uhr
Großes Militär-Eröffnungs-Konzert

ausgeführt von der gesamten Kapelle des Fussillerie-Regts. Nr. 12 (ca. 40 Mann)

unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektors Becker.

Eintritt 70 Pf.

im Vorverkauf 60 Pf.

Militär 40 Pf.

Eintrittskarten im Vorverkauf in der Rossbergschen Papierhandlung und im Stadtpark.

Geschäfts-Anzeige.

Meiner werten Kundenschaft und den Einwohnern von Stadt und Land zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein

Malergeschäft

wieder weiterführe und halte mich zur Ausführung aller Arbeiten bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll

Julius Alter, Dekorationsmaler,
Lerchenstraße 12.

Stadttheater Frankenberg.

Der geehrten Einwohnerschaft biesiger Stadt und deren Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß die Kapelle mit heutigen Tage ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat. Betreffs Aufträgen wird gebeten, bis auf weiteres mit **Georg Preißler, Margaretenstrasse 15,** in Verbindung zu treten.

Gravierungen aller Art

in allen Materialien etc. Sammelkästen, Schilder, Plakate, Schilder für Fotografierrahmen etc. Sauberkeitsausübung bei anstehender Vereidigung. — Sonntags von 2—1/2 Uhr, Sonntags v. 9—1 Uhr, an übrigen Wochentagen v. 1/2—8 Uhr.

Böhme, Reichstraße 18, II.

Daselbst ist ein 2 pol. Hebelschalter, 35 Amp., Friedensware, wie neu, zu verkaufen.

Am Sonntag, 24. 11. 18., auf dem Wege Niederdörrnau — Frankenberg dunkelgrünes Portemonnaie längeres. Eher findet wird gebeten, selbit, d. a. Erhältlich, aeg. gute Bel. in der Geschäftsstelle des Bl. abzugeben.

Ein Mann

zur Gartennarbeit gelucht

Arnold, Gärtner: 1 am Friedhof.

Kräft. Markthelfer sofort gelucht

Conrad Blümel, Humboldtstr. 5. Telefon 301.

Junge, fröhliches

Mädchen

für Küche und Haus sucht für sofort

d. oben v. Hotel zum Hof.

Gräß. ordentl. Schulmädchen

für sofort gelucht **Waderberg 8. II.**

Zuverl. saubere Aufwartung

gelucht **Humboldtstr. obige 24 L.**

Jung. Mädchen für vormitig als Aufwartung gelucht. Wo. sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Wohnung

3—4 Zimmer, Küche und Ga

bekbr., mögl. elektr. Licht, zum

1. Januar 1919 oder später

zu mieten gesucht.

G. Bickel, Münster 1. B.

Hammerstraße 77.

Halbtage

(Stube, Küche und Schlafkab.) zu

mieten gesucht für 1. Jan. Angab.

u. N. 750 f. d. Geschäftsst. d. Bl. erh.

G. Bickel, Münster 1. B.

Hammerstraße 77.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Angebote an

Ges. Bickel, Chemn. Str. 32.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Angebote an

Ges. Bickel, Chemn. Str. 32.

Guterh. Kinderwagen

wegen Drau zu verkaufen.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.

Guterh. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Näheres bei

Wiemann, Bickelstr. 16, I.